Freie Demokratische Partei - Kreistagsfraktion im Landkreis Konstanz

Fraktionsvorsitzende
Dr. Ann-Veruschka Jurisch
E-Mail: avjurisch@gmail.com
Tel. : 01515-8365693

Mitglieder der Fraktion
Kirsten Brößke, Singen
Stv. Fraktionsvorsitzende

Manfred Hensler, Konstanz

Dr. Ann-Veruschka Jurisch, Konstanz
Fraktionsvorsitzende

Stefan Schmidt, Reichenau

Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 16.10.2026:
Bagatellgrenze beim Ausfuhrschein vollständig aufheben

Sehr geehrter Herr Landrat Danner,
der Kreistag möge folgenden Antrag beschließen:

ANTRAG

Der Landrat wird vom Kreistag beauftragt, sich über die ihm zugänglichen politischen Gremien, insbesondere gegenüber dem Land Baden-Württemberg, dem Landkreistag Baden-Württemberg und der Bundesregierung, dafür einzusetzen, dass die derzeit geltende Bagatellgrenze von 50 Euro bei der Umsatzsteuererstattung im nichtkommerziellen Reiseverkehr vollständig und ohne Ersatz aufgehoben wird.
Die Aufhebung sollte umgehend in der aktuellen Übergangsphase vom Pilot- in den Regelbetrieb erfolgen, auch um die flächendeckenden Überführung in den Regelbetrieb zu unterstützen. Die Verwaltung wird gebeten, den zuständigen Stellen die besondere wirtschaftliche Bedeutung dieser Forderung für den Landkreis Konstanz und die gesamte deutsch-schweizerische Grenzregion nachdrücklich zu vermitteln.

Begründung

Die Umsatzsteuererstattung für Ausfuhren in die Schweiz ist für die regionale Wirtschaft im Landkreis Konstanz von erheblicher Bedeutung. Dies gilt in besonderem Maße für den stationären Einzelhandel im Landkreis. Schweizer Kundinnen und Kunden tragen wesentlich zu Umsatz, Beschäftigung und zur Vielfalt des Angebots in den grenznahen Städten und Gemeinden bei. Gerade kleinere und mittlere Geschäfte profitieren dabei auch von Einkäufen unterhalb eines Warenwerts von 50 Euro. Gerade eine

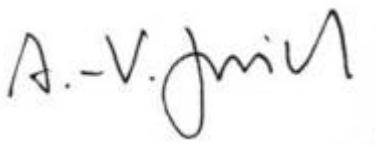
flächendeckende Einführung führt zu einer gesamthaften Erhöhung der Attraktivität des Einkaufstandorts.

Die zum 1. Januar 2020 eingeführte Bagatellgrenze benachteiligt diese Betriebe – und reduziert die Anziehungskraft des digitalen Ausfuhrscheins deutlich. Sie schließt kleinere Einkäufe von der Steuererstattung aus und schwächt damit die Attraktivität des Einkaufsstandorts auf deutscher Seite. Besonders betroffen sind Geschäfte, deren typische Warenkörbe regelmäßig unter 50 Euro liegen. Für die Grenzregion, in der sich unser Landkreis befindet, ist die vollständige Aufhebung der Bagatellgrenze daher ein konkreter Beitrag zur Stärkung des Einzelhandels, zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Belebung der Innenstädte. Die Auswirkungen auf den Bundeshaushalt dürften dagegen vernachlässigbar sein.

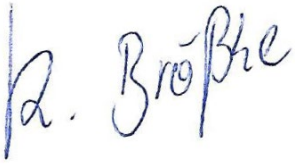
Mit dem digitalen Ausfuhrschein steht inzwischen ein Verfahren zur Verfügung, das die Ausfuhrbestätigung deutlich vereinfacht. Die Pilotphase ist am 16. Juni 2026 gestartet. Nach rund drei Monaten waren bereits etwa 3.500 Nutzerinnen und Nutzer registriert; die Technik wurde von der federführenden IHK Hochrhein-Bodensee positiv bewertet. Bei einzelnen teilnehmenden Unternehmen ist der Übergang von der Pilotierung in reguläre betriebliche Abläufe teilweise bereits vollzogen oder konkret eingeleitet.
Diese Entwicklung zeigt: Die technischen Voraussetzungen für einen breiteren Einsatz sind geschaffen. Der digitale Ausfuhrschein kann seine volle Wirkung jedoch nur entfalten, wenn zugleich die Bagatellgrenze aufgehoben wird. Die Digitalisierung beseitigt den bisherigen manuellen Aufwand bei der Ausfuhrbestätigung und nimmt damit das zentrale Argument für eine pauschale Mindestgrenze. Bleibt die 50-Euro-Grenze bestehen, wird der

Nutzen der digitalen Lösung künstlich begrenzt und ein erheblicher Teil der für den regionalen Einzelhandel wichtigen Einkäufe weiterhin ausgeschlossen.

Die vollständige Abschaffung der Bagatellgrenze ist deshalb der notwendige nächste Schritt. Sie verbindet Bürokratieabbau mit einer gezielten Stärkung der regionalen Wirtschaft und stellt sicher, dass auch kleinere Geschäfte und alltägliche Einkäufe vom digitalen Ausfuhrverfahren profitieren. Der Landkreis Konstanz sollte sich als besonders betroffene Grenzregion mit Nachdruck für diese Lösung einsetzen.



Dr. Ann-Veruschka Jurisch
Fraktionsvorsitzende



Kirsten Brößke
stv. Fraktionsvorsitzende